

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 486
Thema: Spielhallen

Redaktion: Gina Schmelter
Datum: 26. November 2010

BUNG: SPD-FRAKTION WILL SPIELHALLEN-BEGRENZUNG AUFSCHEIBEN - UND AUF KOSTEN DER SPIELSÜCHTIGEN UND DES JUGENDSCHUTZES ABKASSIEREN

Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Stefanie BUNG**, erklärt:

"Die Einlassungen des SPD-Abgeordneten Zackenfels bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Erhöhung der Vergnügungssteuer waren mit der Ankündigung verbunden, zur Begrenzung der Spielhallen eine Bundesratsinitiative ergreifen und seitens des Senats ein eigenes Spielhallengesetz erarbeiten zu wollen.

Aber was bedeutet dies? Offensichtlich lehnt die SPD das Spielhallengesetz der CDU-Fraktion ab. Dies heißt, dass die SPD-Fraktion unsere Initiative zur Begrenzung der Spielhallen auf die lange Bank schieben will. Es ist bei den gegebenen parlamentarischen Abläufen und bei realistischer Betrachtungsweise nicht mehr möglich, vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ein Berliner Spielhallengesetz zu beschließen.

Die SPD-Fraktion hätte ihr Ziel erreicht: Die Zahl der Spielhallen würde weiter steigen und die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer würden zur Sanierung des maroden Landeshaushalts kräftig sprudeln. Aber das ginge auf Kosten der Spielsüchtigen und auf des Kinder- und Jugendschutzes. Das wäre verantwortungslos.

Die SPD-Fraktion sollte sich diese Taktiererei gut überlegen - schon allein deshalb, weil wir uns im Ziel, die Zahl der Spielhallen zu begrenzen, einig sind. Vor diesem Hintergrund ist es doch sinnvoll, unserem Gesetz, das längst vorliegt und zudem verfassungsgemäß ist, zuzustimmen."